

## Terroranschläge in Madrid – Vom politischen Ertrag des „Terrors gegen Europa“

**Wir sind alle Madrilenen (1):  
Vom Nutzen des Terrors für die  
spanische Nation**

**1. Ein Anschlag stiftet das große nationale  
„Wir“**

Madrid, 11.3., 7:30 Uhr. Im morgendlichen Berufsverkehr explodieren in kurzer Folge in vollbesetzten Nahverkehrszügen 10 Bomben. J. M. Aznar – zu diesem Zeitpunkt noch spanischer Ministerpräsident – erklärt in einer Rede an die Nation, dass er „die Trauer der Angehörigen persönlich“ empfinde; schließlich wurden „viele Menschen ermordet, nur weil sie Spanier sind.“ Als „öffentlicher Ausdruck der Trauer, die wir heute als Spanier teilen“, werden drei Tage Staatstrauer ausgerufen; allen Überlebenden des Attentats, die illegal nach Spanien gekommen sind, wird „aus Solidarität“ mit sofortiger Wirkung die spanische Staatsbürgerschaft verliehen, um „ihnen die Angst vor einer Behandlung im Krankenhaus oder einer Anzeige bei der Polizei zu nehmen“. So viel menschliche Anteilnahme von allerhöchster Stelle bekommen die Opfer von Gewalttaten, Spaniens „Illegale“ zumal, nicht immer. In dieser schweren Stunde aber gelten dem spanischen Staat alle Opfer der Anschläge ohne Abstriche und ohne Ausnahmen als *Repräsentanten der spanischen Nation*; das macht auch den rechtlosen Einwanderer zum passenden Objekt staatlicher Solidarität.

Wo die Bevölkerung nicht schon von selbst Entsetzen und Betroffenheit „als Spanier“ verspürt, wird *diese* Art der Betroffenheit organisiert. Im Fernsehen sind rund um die Uhr Nahaufnahmen von zerfetzten Körpern und verzweifelten Angehörigen zu sehen, und zuletzt kann und will die Bevölkerung genauso wenig wie ihr Ministerpräsident noch zwischen den elementarsten Dingen unterscheiden. Das Entsetzen der Angehörigen & die Betroffenheit der staatlichen Sicherheitsorgane, die spontane Hilfsbereitschaft der zufällig anwesenden Passanten & der anonyme staatsbürgerliche Schulterschuss – das alles geht jetzt vorwärts wie rückwärts durcheinander: Während der staatliche Zwangszusammenhang der unschuldigen menschlichen Bestürzung erst landesweit Bedeutung und Gewicht verleiht, verschafft die Trauer der Angehörigen der staatlichen Zwangsgemeinschaft ein menschliches Gesicht.

Für diese staatsbürgerliche Verwirrung bedarf es noch nicht einmal großer Worte; sie wird durch Trauerlichter vor dem Madrider Bahnhof effektiv ins Bild gesetzt. In dem Gestus einer elementaren menschlichen Selbstverständlichkeit werden die spanischen Bürger dazu angeleitet, eine denkbar abstrakte und unpersönliche Identitätszuschreibung – die Mitgliedschaft in der nationalen Zwangsgemeinschaft – ganz persönlich und individuell zu empfinden, sich von dieser Empfindung überwältigen zu lassen und diesem Wahn in einem kollektiven Gefühlsausbruch Objektivität zu verleihen. Die spanische Regierung – die sonst mit der Bevölkerung in einem anderen Tonfall verkehrt – „bittet“ ihr Volk um Schulterschuss: „Die Regierung bittet die Spanier, sich morgen in den Straßen ganz Spaniens zu versammeln und zu demonstrieren.“ Und das Volk lässt sich nicht lange bitten: Allein in Madrid demonstrieren über zwei Millionen; im ganzen Land soll insgesamt fast ein Viertel der spanischen Bevölkerung auf die Straße gegangen sein. Das öffentliche Leben bricht regiegemäß zusammen; „an Normalität ist nicht zu denken“. Als dann „Bestürzung und Trauer“ in „Wut und Zorn“ umschlagen und das Volk von der Regierung einen „kompromisslosen Kampf“ gegen die „feige terroristische Mörderbande“ verlangt, wird aus „dem schwärzesten Tag in Spaniens jüngerer Geschichte“ endgültig eine *Sternstunde des Nationalismus*: Die spanische Bevölkerung benimmt sich jetzt so, als wäre sie tatsächlich nichts anderes als die Ansammlung spanischer Nationalfähnchen, an der sich die Terroristen in ihrem blu-

tigen Wahn rächen wollten. Inniger ist die nationale Gemeinschaft nur noch im richtigen Krieg. Bis zu den nationalen Wahlen am Sonntag sind es jetzt noch 48 Stunden.

**2. Ein Anschlag deckt ein nationales Zerwürfnis auf**

Unmittelbar nach den Anschlägen werden alle Wahlkampfveranstaltungen abgesagt und der gesamte Wahlkampf für beendet erklärt. Dieser Verzicht fällt insbesondere der regierenden konservativen Volkspartei und ihrem Ministerpräsidenten nicht schwer, da die nationale Aufregung über das Attentat ohnehin der beste Wahlkampf ist: Nichts schweißt Volk und Führung so zusammen wie ein Angriff von außen oder ein gemeinsam durchlittenes Attentat. In einer solchen Stunde der höchsten Not hat der Staat durchzugreifen und das Volk hat zersetzende Bedenklichkeiten zu unterlassen; das spricht grundsätzlich für den bereits amtierenden Führer und gegen die Opposition. Gleichwohl wird Ministerpräsident Aznar dieser demokratischen Idylle nicht so richtig froh. Schließlich hat die Bekämpfung des Terrorismus schon zuvor im Wahlkampf eine große Rolle gespielt: Aznar hatte sich als der schärfste Kämpfer gegen den baskischen Nationalismus profiliert und die oppositionellen Sozialisten beschuldigt, mit diesen Vaterlandsfeinden zu verhandeln; umgekehrt hatte ihm der Spitzenkandidat der Opposition, Zapatero, vorgeworfen, er würde „den Terror ins Land holen“, indem er sich mit der Entsendung spanischer Truppen an dem amerikanischen Krieg im Irak beteiligt.

Damit spitzt sich die Betroffenheit über die Anschläge schnell auf die Frage zu, ob sie von der baskischen ETA oder von der moslemischen Al Kaida verübt wurden. Aznar kennt eben seine Pappenheimer, die demokratischen Wähler, und ist sich sicher, dass die gleiche Bevölkerung, die jetzt noch fassungslos die Opfer der Anschläge betrauert, am Wahltag ihr staatsbürgerliches Unterscheidungsvermögen zurückgewonnen haben wird. Zwei alternative Szenarien deuten sich an:

– Sollte sich herausstellen, dass die Anschläge von der baskischen ETA verübt wurden, dann werden die Opfer eindrucksvoll den innenpolitischen Kurs Aznars bestätigen. Der nationale Sinn des staatlichen Gewalteinsetzes steht in diesem Fall außer Frage; die Opfer, die dabei entstehen, mahnen dazu, diesen Kampf mit umso mehr Entschlossenheit fortzuführen.

– Genau umgekehrt wird die Wertung des Attentats allerdings ausfallen, sollte sich erweisen, dass die Anschläge irgendwie im Zusammenhang mit der spanischen Beteiligung am Irak-Krieg stehen. Für Spanien ist der nationale Nutzen dieses Kriegs mehr als ungewiss, und die Opfer, die dabei entstehen, machen die Bilanz dieses Krieges für Spanien nur noch fraglicher. In diesem Fall sprechen die Opfer der Anschläge gegen einen Ministerpräsidenten, der die Nation in diesen Krieg geführt hat, und die nationale Betroffenheit über die Anschläge, die unmittelbar vor der Wahl das ganze Land ergriffen hat, verdirbt der Regierung womöglich den schon sicher geglaubten Sieg. Das alles geht Aznar – bei aller „persönlich“ empfundenen Trauer – sogleich durch den Kopf, als er vom Attentat informiert wird, und zu einem Zeitpunkt, als der Wähler noch mit Bildern vom „unfassbaren Grauen“ unterhalten wird, steht für den Ministerpräsidenten schon die Strategie der nächsten Tage fest: Er wird alle zur Verfügung stehende Macht nutzen, um die ETA als die Urheberin des Attentats erscheinen zu lassen und dadurch ein *Bild* von der nationalen Lage zu zeichnen, das nach den polit-moralischen Gesichtspunkten einer demokratischen Öffentlichkeit zu der von ihm vertretenen politischen Linie passt. Noch am gleichen Tag verfasst er einen Demonstrationenauftrag zu den „Terrorattentaten der ETA in Madrid“; telefoniert mehrmals persönlich mit

**Fortsetzung S.3, Spalte 1, oben**

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahrszeitschrift

### Vortrag mit Diskussion

**Folter in amerikanischen Militärgefängnissen**

## Die Moral im Krieg und ihr Einsatz als Waffe der Kritik

Groß war die Empörung in den europäischen Medien und Herzen über die bekannt gewordene Folter an Irakern in amerikanischen Gefängnissen. Noch größer aber war die Genugtuung darüber, die Supermacht bei Praktiken ertappt zu haben, die nicht einmal sie selber noch rechtfertigen mag. Außenminister Fischer hat in Washington scharfen Protest eingelegt, Aufklärung und Bestrafung der Schuldigen verlangt und sich – laut FAZ – dabei „jeden Anflug von Schadenfreude verboten“.

Das wirft Fragen auf:

– Woher weiß die feinfühligere europäische Öffentlichkeit, dass das Töten und Verletzen der Feinde im Krieg ausgerechnet und haargenau beim Foltern von Gefangenen die Schwelle zum Unmenschlichen und definitiv Verwerflichen überschreitet? Das menschliche Mitgefühl scheint hier beim Kriegsrecht in die Lehre gegangen zu sein.

– Warum aber versprechen Staaten einander, im Krieg rechtsähnliche Regeln zu befolgen und sich Fesseln in einer Auseinandersetzung aufzuerlegen, in der die nackte Gewalt zwischen ihnen herrscht und ein Staat die Machtmittel des andern – Menschen wie Material –, so gut es geht, vernichtet, um eine ihn störende Macht aus dem Weg zu räumen.

– Und wofür sind die Kriegsrechtskonventionen eigentlich gut, wenn sich im Krieg dann doch nur soweit an sie gehalten wird, wie sie die Kriegführung nicht behindern?

– Dass mit dem Kriegsrecht und seinen Übertretungen Politik gemacht wird, ist gar nicht zu leugnen. Aber was ist ein nachgewiesener Rechtsbruch eigentlich wert bei einem Recht, das sowieso nicht eingeklagt werden kann und zwischen den Staaten nur so weit gilt, wie sie es gelten lassen wollen?

– Was geht die imperialistische Konkurrenz der Großmächte für eigenartige Wege, wenn ein deutscher Außenminister auf einer moralischen Blöße herumhackt, die sich die Supermacht gibt, und frech die schleunigste Wiederherstellung ihrer moralischen Führungsrolle in der Welt fordert?

Antworten – auch zum der Stand der Konkurrenz zwischen den Mitgliedern des ehemaligen Westens – werden geboten am

**Donnerstag, 08. Juli 2004, 20.00 Uhr**  
**K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Königstr. 93, Nürnberg**

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com) / [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de)

**Ein umweltschützerischer Irrsinn der besonderen Art –  
Emissionshandel:**

**Das Recht auf Luftverschmutzung wird vermarktet, um die Emission von Klimaschutz zu stimulieren.**

„Startschuss“ in der Europäischen Gemeinschaft für die „Rettung des Erdklimas“ gemäß dem Kyoto-Protokoll. Am 31. März ist Stichtag für die Meldung der nationalen Allokationspläne an Brüssel für den „Handel mit heißer Luft“, der vom 1. Januar 2005 an europaweit in Schwung kommen und zur Verringerung der Treibhausgase führen soll – gemäß „der guten Idee, die so simpel ist und deren Durchführung so schwierig: Der Handel mit den Verschmutzungsrechten basiert auf dem Kauf und Verkauf von Kohlendioxid-Zertifikaten. Firmen, die durch umweltfreundliche Technologien Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) einsparen, können CO<sub>2</sub>-Zertifikate verkaufen und damit bares Geld machen. Umweltsünder müssen sich hingegen das Recht zum erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß teuer erkaufen.“ (*Tagesthemen* 24.03.)

Der deutsche Abgasplan – gerade noch fristgerecht geschafft! Dank des Kanzlers Machtwort ist im „Klimastreit“ zwischen Trittin und Clement um die standortgemäße Mengenausstattung und Zuteilung von kostenlosen Verschmutzungszertifikaten an die verschiedenen Abteilungen des umweltversauenden Gewerbes der „Kompromiss“ gefunden, der deutsche Arbeitsplätze vor zu viel ungesunder CO<sub>2</sub>-Minderung schützt und trotzdem dem Weltklima nützt. Mit einem nationalen Emissionsbudget, das in etwa dem Ausstoß an Treibhausgasen entspricht, den Industrie und Energiewirtschaft im Moment so hinkriegen, beteiligt sich der „Klimaschutzvorreiter“ ab nächstem Jahr an dem grenzübergreifenden Handelsprojekt zur Säuberung der Atmosphäre. Ab 2007 wird dann die Versorgung der industriellen Luftverschmutzer mit kostenlosen Emissionsrechten politisch verknappt, damit „die gute Idee“ dem „Reduktionsweltmeister“ bis 2012 die noch fehlenden 1.6 % CO<sub>2</sub>-Minderung einspielt.

**Der Vorlauf zur „guten Idee“ ...**

Nach zwei Jahrzehnten globaler Umwelt-

schutzdiplomatie auf diversen Gipfeln und Weltklimakonferenzen – von Rio über Kyoto nach Den Haag – hat sich die internationale Staatengemeinschaft darauf verständigt, dass die Abgase des kapitalistischen Wirtschaftswachstums in letzter Instanz auch noch das Weltklima durcheinander bringen. Die Internationale der politischen Umweltschützer wägt ab: zwischen der Größe der zu erwartenden Gefahr, der Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens, einer möglichen nationalen Betroffenheit, dem Aufwand zur „Bremsung des Klimawandels“ und den langfristigen Folgekosten eines „Weiter so“ mit der klimaschädlichen Verschmutzung. Sie kommt zu dem Schluss: Die „Aufheizung der Erdatmosphäre durch den Treibhauseffekt“ ist hausgemacht, und die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen sind als Hauptverursacher für den globalen Umweltschaden dingfest zu machen. Darüber haben die umweltschützerischen Standortnationalisten, die ein Wirtschaftssystem behüten und fördern, in dem die Atmosphäre als eine kostenlose natürliche Abgasdeponie und das Wetter als ein globaler Verdünnungs- und Verteilungsmechanismus fest einkalkuliert sind, zu einer gemeinsamen Verhandlungsmaterie gefunden. Sie „ringen“ und „feilschen“ um die Minderung des „klimaschädlichen CO<sub>2</sub>“, das keine Grenzen kennt“, entlang der klaren Richtschnur: Das vereinbarte Klimaschutzziel muss sich erstens unschädlich für das eigene Wirtschaftswachstum umsetzen lassen, und zweitens muss der Beitrag zur „Rettung des Weltklimas“ Konkurrenznationen mehr „wehtun“ und abverlangen als dem eigenen kapitalistischen Standort. Am Ende steht das „historische Kyotoprotokoll“, das bis zum Jahre 2012 den Abbau der klimaschädigenden Treibhausgase um weltweit durchschnittlich 5.2 % – bezogen auf das Basisjahr 1990 – vorsieht. National aufgeschlüsselt als Vorgaben von minus

**Fortsetzung S.2, Spalte 3, Mitte**

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

### Ein ebenso durchgesetzter wie falscher Topos

## „Subjektive Wahrheit“

Ein Mensch liest einen Dichter und sagt: „Der trifft's aber ganz genau.“ Ein anderer Mensch hört dies, ist vom Gegenteil überzeugt und fängt an, Einwände zu erheben. Der erste will auf seinen Lieblingsdichter nichts kommen lassen und verteidigt sich wie folgt: „Für mich gilt das, was dieser Dichter geschrieben hat. Mag sein, dass es für dich nicht gilt. Das ist aber egal. Es gibt viele Dichter, und darunter ist sicher einer, der dir gefällt. Meinen Dichter brauchst du ja nicht zu lesen. So verstehe ich überhaupt nicht, warum du an meinem Dichter herumnörgelst.“

Ein Fall, wie aus dem Leben gegriffen. Aber unser Mensch macht einen Fehler. Einen Fehler, der sich erkenntnistheoretisch des Ehrentitels „subjektive Wahrheit“ erfreut. Sein Fehler besteht darin, dass er nicht wahrhaben will, dass die Gültigkeit eines Gedankens ohne Ansehen der Person besteht oder nicht besteht. Ein erster Hinweis: Sonst wäre doch der andere gar nicht auf die Idee gekommen, einen Disput anzufangen. Und was bedenklich ist: Der Fehler macht ihm gar nichts aus, er will ihn gerne machen.

Um mit dem ersten zu beginnen, dem Fehler,

### Die Objektivität des Gedankens

zu leugnen. Jeder Gedanke – die Rede ist hier von denjenigen Gedanken, die überhaupt von allgemeinerem Interesse sind: von den Gedanken allgemeinen Inhalts, die in Form des Urteils gedacht werden – ist *objektiv*. Das ist kein Dogma, sondern die einfache Feststellung der Tatsache, dass die Verbindung eines Satzsubjekts mit einem Prädikat durch ein *im Indikativ stehendes Zeitwort* – sei es die Kopula „ist“, sei es ein das Prädikat bereits teilweise enthaltendes Verbum – nicht mehr und nicht weniger behauptet, als dass der genannte Zusammenhang der genannten Inhalte *allgemein besteht*. Am Beispiel von oben: Unser Mensch sagt etwas über den Dichter und dessen Ansichten, die er für zutreffend hält. Es sei noch ein beliebiger Satz aus einem beliebigen germanistischen Buch herausgegriffen:

„Die Unsinnspoesie Balls, Arps und Huelsenbecks ist schließlich als rein spielerische Form nur der andere Ausdruck derselben Existenzlage, der zuvor der Berliner Expressionismus entsprungen war.“

Unabhängig davon, wer sich von der Wahrheit dieses Gedankens überzeugen lässt; unabhängig auch davon, ob der Autor in seinem tiefsten Innern selbst daran glaubt: Dieser Gedanke *ist*, durch den Modus des Indikativs, *objektiv*, d.h. die besagte „Unsinnspoesie“ und der „Ausdruck“ einer bestimmten „Existenzlage“ *sind* in diesem Satz durch das „ist“ als identische Inhalte gesetzt. Und nur darüber ist überhaupt die Rede; der Autor selbst (das muss jeder ehrliche Mensch zugeben) kommt in diesem Satz weder mit seinem Geschmack noch mit seinem Verstand, sondern überhaupt nicht vor.

So ist es mit jedem Urteil. Das urteilende Subjekt kommt in seinem Urteil nicht vor, auch wenn es das noch so gerne hätte – es urteilt eben, das ist alles. Und wenn es über *sich* redet, so ist es eben der Gegenstand, *über* den es urteilt – auch da hat sein Urteil die Form der Allgemeinheit, und es geht es selbst nichts an, von wem es kommt. Umgekehrt hätten das viele gerne und leiten deshalb ihre Urteile mit „Ich empfinde es so ...“, „Vielleicht könnte man es so sehen ...“ und Ähnlichem ein. Das hilft aber nichts und rettet sie nicht vor der auf dem Fuße folgenden Objektivität. Nach solchen Einleitungsfloskeln folgt nämlich regelmäßig ein „dass“-Satz, der – ein Urteil enthält! Und dieses Urteil, um das es ja einzig geht, enthält wieder nichts vom Subjekt.

So kommt es, dass jedermann, und sei er privat noch so bescheiden, kaum dass er einmal über etwas redet, Objektivität beansprucht, ob er nun will oder nicht.

### Die Objektivität der Wahrheit und ihrer Begründung

Nun ist damit, dass man sich ein Urteil ausdenkt und als Feststellung verkündet, natürlich noch nicht verbürgt, dass es auch *wahr* ist. Behaupten kann jeder was. Hier hieße die Parole: Nachdenken!

Im Nachdenken werden nicht nur Satzsubjekt und Prädikat, sondern deren verschiedene Be-

stimmungen miteinander ins Verhältnis gesetzt. In dieser Geistestätigkeit wird man sich darüber klar, welche Verhältnisse hier im einzelnen bestehen. Die Begründung eines Urteils erfolgt dann aufgrund des Wissens um die Beschaffenheit dieser Verhältnisse.

Bei alledem kommt wiederum, wie man sieht, das denkende Subjekt weit und breit nicht vor, außer eben, insofern es denkt. Die Begründung ist – objektiv. Übrigens auch, wenn sie falsch ist. Dann ist sie objektiv falsch.

### Das Recht auf Einbildung

Eigentümlicherweise will der eingangs vorgestellte Vertreter der „subjektiven Wahrheit“ den Weg des Nachdenkens gar nicht beschreiten. Dennoch bezeichnet er den Gedanken, den er über seinen Dichter oder sonst worüber denkt, als, wenn auch nur für ihn, so doch *wahr* und *gültig* – und zwar einzig und allein aufgrund der Tatsache, dass er ihn denkt und gut findet! Das Ansinnen, diesen Gedanken auf die Verstandesprobe zu stellen, weist er beinahe empört zurück. Denn seine Überzeugung ist, dass er ein *Recht* habe, eigene Anschauungen nicht nur spielerisch zu entwickeln, sondern *für sich privat als allgemeine zu behaupten*.

Dieses Recht ist ein merkwürdiges Recht: Denn erstens gibt es ja keinen, der es unserem Menschen ernsthaft nehmen will. Einbilden darf sich jeder was. Zweitens aber, und das ist das noch viel Merkwürdigere, ist der Wille, sich dieses Rechts zu erfreuen, der Wille zu einem Widerspruch. Für *gültig* halten will er seine Ansicht schon, und dran *glauben*, dass es sich so verhält; aber die so erstrebte *Gewissheit* will nicht *wissen*, ob es so ist. Diesen wirklich harten Widerspruch muss ein Parteigänger der „subjektiven Wahrheit“ stets aufs neue reproduzieren. Und es ist eine Anstrengung, immer wieder seinen soeben geäußerten Gedanken, der mithin für jedermann zur Beurteilung freigegeben ist, mit dem Dunst des Privaten zu umhüllen, um so zu tun, als ob nichts gewesen wäre.

Dass einer diese Anstrengung immer wieder auf sich nimmt, kommt höchstwahrscheinlich daher, dass er seine Gedanken *liebgewonnen* hat. Aber inwiefern kann man eigentlich Gedanken *lieb gewinnen*? Sie sind weder nett noch wohlgeformt. Man kann sie einzig insofern *lieb gewinnen*, als sie einem *vertraut* sind und eine *vertraute* Sicht der Dinge darstellen. Vertraut sein kann man freilich mit vielem. Auch mit dem größten Unsinn. Wen es schon nicht mehr stört, dass seine Gedankenwelt mit Unsinn durchwachsen sein könnte, der *will* mit seinem Verstand schon nichts mehr; der hat praktisch an sich die Tatsache nachvollzogen, dass in unserer Demokratie nach Kriterien des Verstandes hundertprozentig *nichts* langgeht. Man bekommt ja hierzulande sowohl in der Erziehung als auch im praktischen Leben ohne Pause und Unterlass beschieden, dass die eigenen Überlegungen nichts zählen – sofern sie nicht von vornherein als unterwürfige angekrochen kommen, mit den herrschenden Kriterien schwanzwedelnd und viele Vielleichts zwischen den Zähnen; und auch dann noch ist ihre freundliche Aufnahme fraglich.

Das nun freilich an sich selbst zu exekutieren, ist noch ein eigener Schritt. Man beginnt seinen eigenen Verstand hinfort anders zu betrachten. Nicht mehr als *das* Mittel der eigenen praktischen Freiheit, sich erst einmal auszukennen in der merkwürdigen Welt, in der man lebt, um die begriffenen Lebensbedingungen entsprechend der Zutraglichkeit für einen selbst zu behandeln. Sondern, nachdem ihm Folgenlosigkeit aufgezwungen ist, als das Instrument einer Einsichtnahme in die Welt, die von vornherein folgenlos bleiben soll. Kurz, man betrachtet den Verstand nicht als Mittel, die Welt zu *begreifen* und zu *verändern*, sondern nur noch, um sie zu *interpretieren*.

Dann kommt es natürlich nicht mehr darauf an, ob man sich beim Denken täuscht oder nicht. Sondern darauf, dass die Einsichtnahme in die Welt zu einem Selbstwert wird und als solche dem Subjekt etwas bringt. Das Subjekt will seine Einsicht *genießen*, wenn es sonst schon nichts von ihr hat. Der freie Geist verurteilt sich zur Existenz als Schöngest.

Insofern will derjenige, der solche subjektive Wahrheit schätzt, diese auch als Wahrheit über

sich, das Subjekt, verstanden wissen. Indem er zwar etwas gesagt, aber nichts Objektives festgehalten haben will, lässt er den Gedanken nicht mehr nach der Seite seines Inhalts, sondern seines Urhebers interessant werden. „Die Ansichten, die ich über den Weltlauf und seine Prinzipien äußere, sind Ausdruck meiner Persönlichkeit“, ist hier die irrationale Überzeugung. *Irrational* ist sie, weil „Persönlichkeit“ hier gar keinen anderen Inhalt hat & auch dem Subjekt gar nicht anders zu Bewusstsein kommt als eben durch den Kreis seiner Ansichten, und dennoch Quelle und Maß derselben sein soll. Nichtsdestoweniger ist sie ganz und gar *Überzeugung*. Ihre ideale Überhöhung ist *Wahrhaftigkeit*: Das Subjekt sieht seinen Wert darin, dass es beim Urteilen sich selbst treu bleibt, und sonst niemandem.

### Der Lohn des Rechts auf Einbildung

Was hat man also von seinem Recht auf subjektive Wahrheit? 1. eine eingebilddete Freiheit: die Freiheit, *nach Laune urteilen* zu dürfen. Und 2. eine eingebilddete Pflicht: die Bindung des Subjekts an die Aufgabe, durchgängig es selbst zu bleiben.

### EMISSIONSHANDEL Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4

21 bis plus 10 Prozent. So werden die Anforderungen der globalen Ökologie mit den jeweiligen nationalen Emissionsbedürfnissen versöhnt. Für die Umsetzung fiel die Wahl hinsichtlich der effektivsten Reinigungsmethode der Atmosphäre auf den „marktorientierten Ansatz“: Vor allem die maßgeblichen globalen Klimazerstörer, die kapitalistischen Weltwirtschaftsmächte, sollen vordringlich die säubernden Heilkräfte von Preis, Markt und weltweiter Konkurrenz um *Verschmutzungsrechte* ausnützen, um ihre eingegangenen Reduktionsverpflichtungen zu erfüllen. Die Europäische Union macht sich zum Motor der völkerrechtlich verbindlichen Ratifizierung und raschen Inkraftsetzung des Protokolls. Erklärtermaßen mit dem Kalkül, aus der vertraglich vereinbarten weltweiten Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen Kapital zu schlagen, indem „wir“ auswärts gerne dabei helfen, das Wirtschaftswachstum vom emissionsträchtigen Energieverbrauch zu „entkoppeln“ durch den Export von umweltfreundlicher, energieeffizienter Technologie made in Europe, speziell in Germany. In ihrem klimapolitischen Ehrgeiz lässt sich die EU auch nicht dadurch bremsen, dass der „weltweit größte Luftverschmutzer“ (Trittin) sich aus dem Kyoto-Prozess verabschiedet, mit dem Hinweis, dass die Weltmacht Amerika sich auf kein Umweltschutzabkommen verpflichten lässt, das nicht definitiv ihre Handschrift trägt, das also „der amerikanischen Wirtschaft schadet“. Im Gegenteil. Sie „isoliert“ Amerika, natürlich um es wieder ins globale Umweltschutzboot zu holen, und schafft einseitig Fakten. Die EU-Mitgliedsstaaten setzen für sich das bislang nicht ratifizierte Kyoto-Protokoll in Kraft und verabschieden die „Emissionshandels-Richtlinie“, die verpflichtend zum nächsten Jahr die Einführung „des Emissionshandels als Instrument zur Erreichung der Klimaschutzziele“ vorschreibt.

### ... durch Ökonomisierung der Ökologie mehr Klimaschutz zu stimulieren ...

Jetzt wird es also ernst mit der Reduzierung der Treibhausgase. Wie das passieren soll, darin besteht durch die Bank Einigkeit bis hin zum kritischen Umweltschutzgeist: „Die Ökologie muss ökonomisch werden.“ (Die Welt) Die Stifter segensreicher Arbeitsplätze mit Grenzwerten für Emissionen zu drangsalieren, „Umweltsündern“ mit Bußgeldern für unerlaubten Schadstoffausstoß zu drohen, womöglich gar mit der Schließung ihrer Dreckschleuder, diese klassische umweltpolitische Festlegung eines Preises für die geschäftsdienliche Umweltzerstörung, um sie zu bremsen, das ist Klimaschutz von vorgestern, Ökologie mit der Brechstange und wenig hilfreich fürs verlangte Umdenken auf Unternehmerseite. Ja, diese rein negative Kalkulation mit den Kosten für Luftverschmutzung zwingt das freie Unternehmertum bloß dazu, seinen ganzen Erfindungsreichtum darauf zu verschwenden, wie sich unter Umgehung oder Einhaltung der ganzen Umweltvorschriften die wachsenden gasförmigen Abfälle der Gewinnproduktion zum

Mehr ist es nicht. Seine subjektive Wahrheit hält man sich wie Ungebildete einen Hund, nämlich nach dem Motto: *Wir zwei* verstehen uns. Der Vorteil ist natürlich, dass man sie immer dabei hat und auch kein Geld zahlen muss für Futter.

Übrigens: Es ist immer noch der Verstand, den man sich so hält. Und es sind immer noch Urteile, die er produziert. Immer noch ist es *an sich Wissen*, was man da als Geschmacksfrage behandelt.

PS:

Sind jetzt wir, die marxistischen Verfasser dieses Artikels, Parteigänger der *absoluten* Wahrheit, wenn wir an der subjektiven kein gutes Haar lassen? – Also, eigentlich dürfte diese Frage jetzt nicht mehr kommen, wenn man den Artikel aufmerksam gelesen hat. Aber man weiß ja nie. Daher hier die klare Antwort: Nein! Die „absolute Wahrheit“ ist das passende idiotische Gegenbild zur „subjektiven“, nämlich die Vorstellung einer unabhängig vom menschlichen Verstand festgelegten und bestehenden Wahrheit, und somit Sache des Pappes. Und warum ausgerechnet *der* mitten in der freiheitlichen Demokratie so viel gilt, das soll sich jetzt jeder selber überlegen.

Schaden des Klimas billig entsorgen und verdrängen lassen. Der ökologische Königsweg hat demgegenüber darauf zu zielen, der gebotenen umweltpolitischen *Restriktion* endlich den Charakter einer *Belastung* zu *nehmen*, dadurch nämlich, dass er sie zum *Geschäftsartikel* macht. Mit dem *Preis für Luftverschmutzung* soll der umweltzerstörerische Geschäftssinn in Zukunft als sein *Bereicherungsmittel* frei kalkulieren können: Klimaschutz muss sich endlich „rechnen“! Anders als mit diesem „Paradigmenwechsel in der Umweltpolitik“ ist der tüchtigen Spezies, die aus Geschäftsgründen systematisch die Atmosphäre verreckt, eine wohltdosierte Rücksichtnahme auf ihre allgemeinen natürlichen Geschäftsgrundlagen nicht abzuringen. Für eine Erfolg versprechende Reduktion brauchen deshalb die klimaschädlichen Emissionen eine marktwirtschaftliche Zirkulationsform mit einem eigenen gemeinsamen Markt, einem Tauschwert, der sich frei nach Angebot und Nachfrage an einer extra dafür eingerichteten Börse bestimmen soll, die höheren Abteilungen von „Futures und Optionen“ eingeschlossen. Die Luftverschmutzung kriegt als zertifiziertes „Recht auf Luftverschmutzung“ Eigentumsform und wird zum *geldwerten Handelsartikel* hinorganisiert: Durch eine „marktkonforme“ Umweltpolitik, die jede Emission an einen staatlichen Berechtigungsschein bindet und die einzig in der Weise noch restriktiv auf die industriellen Betreiber der Dreckschleudern einwirkt, als sie die *kostenlose* Zuteilung von Verschmutzungsrechten *begrenzt*. Ohne administrative Beschränkung kommt also auch diese wunderbare Versöhnung von Ökologie und Ökonomie nicht aus. Ökonomisch gesehen entsteht der *Vorteil* des Anlagenbetreibers, der Emissionen einspart und deswegen Zertifikate zu verkaufen hat, auf *Kosten* desjenigen, der sich die überschüssigen Rechte kaufen muss, weil für seinen Schadstoffausstoß die zuteilten Berechtigungsscheine nicht ausreichen. Und verschmutzungsmäßig kann man es drehen, wie man will: Es bleibt ein Nullsummenspiel, wenn die einen durch Emissionsminderung „bares Geld“ verdienen, weil auf der Nachfrageseite zusätzlicher Verschmutzungsbedarf rechtemäßig abgedeckt werden muss gegen einen „Ablass für Abgas“. Im Zeitalter von „puts and calls“ scheint das niemand zu stören. Da lässt sich die Sache durchaus so behandeln, dass die verlangte umweltschützerische Restriktion zum Gegenstand eines schwunghaften Börsenhandels und meistbietender Versteigerung von Emissionszertifikaten gemacht wird. Ein munterer Wettlauf um Schadstoffreduktion? Alles nur eine Frage, ob der Börsenwert des Emissionsrechtspapiers genügend hoch ist, dass auch in den „Umweltsündern“ die Geschäftsgier erwächst, vom neuen emerging market der Rechte für Verschmutzung zu profitieren, und schon sind

### Fortsetzung S.4, Spalte 1, oben

**Sozialistische Gruppe  
Erlangen Nürnberg (SG)**  
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen  
[www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)  
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

## TERRORANSCHLÄGE IN MADRID Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

den Chefredakteuren von *El País* und *El Periódico*, zwei von Spaniens großen Tageszeitungen, um die ETA für die Tat verantwortlich zu machen, weist die Auslandskorrespondenten und das Botschaftspersonal dazu an, im Ausland auf diese Version der Ereignisse zu drängen; schließlich wird eine UN-Resolution zu den Anschlägen durchgesetzt, die die ETA ausdrücklich als Täter nennt.

Es zeigt sich schnell, dass Aznar den Wähler richtig eingeschätzt hat: Dem Wähler sind die nationalen Deutungen der Tatversionen so geläufig, dass er die Frage, ob die Tat der EAT oder Al Kaida zuzuordnen ist, bruchlos damit identifiziert, ob er am Wahltag die Regierung oder die Opposition ermächtigen soll. Damit *macht* der Wähler sich zum idealen *Objekt der Manipulation* und versetzt die Wahlkampfstrategen in die bequeme Lage, dass sie, um die gewünschte nationale Deutung des Wählers gleichsam auf Kommando abzurufen, ihm nur die „entsprechenden“ Tatsachen vorhalten bzw. vorspiegeln müssen. Auf den Kampf um die staatsbürgerliche *Ausdeutung* der Lage können Parteistrategen jetzt verzichten; an seine Stelle tritt der Versuch, die Geheimdienste zur Abfassung der passenden Dossiers zu veranlassen, und vor allem der Kampf um die Ausdeutung und Veröffentlichung der Ermittlungen der Sicherheitsbehörden.

Zunächst schwankt die Gunst des Wählers zusammen mit den publizierten Ermittlungsergebnissen; als sich dann trotz aller Informationspolitik der Regierung die Hinweise auf eine Täterschaft von Al Kaida verdichten – am Tag vor der Wahl wird die arabische Spur zu offensichtlich, um weiter behördenintern verschleiern zu werden, und zu einigen Radiosendern hat eben auch die Opposition einen guten Draht –, schlägt die Stimmung jäh um: „*Aznar, das ist Dein Krieg, aber unsere Toten!*“ rufen Demonstranten und wenden das große nationale „Wir“ der Betroffenheit gegen die Regierung, die diese Betroffenheit doch organisiert und aufgestachelt hat, um einen nahtlosen Zusammenschluss von Volk und Führung unter ihrer Regie herzustellen. Jetzt ist also nicht nur der Zusammenschluss von Bestürzung über das Attentat und Zweifel an der Kriegsbeteiligung auf dem Tisch, den die Regierung durch ihre Informationspolitik vermeiden wollte – jetzt wird auch offensichtlich, dass die Regierung die Öffentlichkeit über den wahren Stand der Ermittlungen täuschen will. Damit macht die Regierung selbst sich nicht nur zum *Kronzeugen* der Deutung der Anschläge durch die Opposition, die eine Täterschaft von Al Kaida für ein schlagendes Argument für ihre alternative nationale Linie hält. Jetzt gerät sie auch in Verdacht, die alte Regierungslüge vom nationalen Nutzen der spanischen Kriegsbeteiligung mit einer neuen Lüge zur Verschleierung der wahren Identität der Attentäter aufrechterhalten zu wollen. An die Stelle der anfänglichen Zweifel am nationalen Ertrag des Krieges tritt jetzt die Gewissheit über die mangelnde moralische Qualifikation der Kriegsherrn: Sie belügen das Volk, das seinen Führern doch vertrauen will, und entehren das Andenken an die Toten von Madrid, in deren Namen sich Volk und Führung so innig verbrüder hatten. Die Volksseele beginnt zu kochen: Obwohl in Spanien vor Wahlen Demonstrationen verboten sind, verabreden sich am Samstag, dem Tag vor der Wahl, Demonstranten vor der Zentrale der regierenden Volkspartei und belagern sie unter Parolen wie „*Ihr Faschisten seid die Terroristen!*“, „*Mörder!*“ und „*Die Volkspartei gehört verboten!*“ bis zum nächsten Morgen; das spanische Fernsehen dokumentiert, wie die Regierungspolitiker „*wie in einem Bunker auf das Ende der Belagerung warten*“ (einfühlsam: FAZ, 23.3.). Im Radiosender *Cadena Ser*, der mächtigsten Welle des Landes, wird über die Verhängung des „*Ausnahmestands*“ spekuliert; im Land kursieren Gerüchte, die Regierung wolle die Wahlen verschieben und plane deshalb einen Staatsstreik, kurzum: Jetzt ist man bereit, den amtierenden Führern, mit denen man gerade noch die Toten von Madrid betrauert hat, jede erdenkliche Niedertracht zuzutrauen. Innerhalb von nur wenigen Stunden verliert Aznar die schon sicher geglaubte Gunst des Wählers und am nächsten Tag entlädt sich der angestaute Volkszorn so, wie das in einer Demokratie vorgesehen ist: Das Volk ermächtigt die Opposition zur Führung der Regierungsgeschäfte.

## Wir sind alle Madrilenen (2): Vom Nutzen des Terrors für den Fortschritt Europas

### 1. Ein Anschlag stiftet das große europäische „Wir“

In Spanien haben die Attentate die Massen zusammengescheißt: Weil die Terroristen sie *als Spanier angegriffen* haben, haben sie sich auch gleich *als Spanier solidarisiert*. Da wollen Europa-Politiker nicht abseits stehen und die gemeinschaftsfördernde Wirkung des Terrors auch für Europa nutzen. Der Präsident der EU-Kommission Prodi lässt die Flagge der EU auf Halbmast zu setzen und gibt damit zu verstehen, die Pendler in den Madrider Nahverkehrszügen seien auch *als Europäer* angegriffen worden. Sein Kollege, der EU-Ratsvorsitzende Bertie Ahern, ruft die Bevölkerung in ganz Europa zu „*Schweigeminuten*“ auf und will damit ein „*Zeichen setzen, dass sich die Mitgliedstaaten der EU der spanischen Staats-trauer anschließen*“ (FAZ, 15.3.), und mit etwas gutem Willen fühlt sich die Presse an jenen vorbildlichen Gemeinschaftsgeist erinnert, der Spaniens Straßen beherrschte: „*In ganz Europa wird in Schweigeminuten der Opfer der Terroranschläge von Madrid gedacht. Radio und Fernsehprogramme werden unterbrochen, an vielen Stellen ruht die Arbeit.*“ (SZ, 16.3.) So nutzen die Europafunktionäre den Umstand aus, dass die Bürger jetzt, wo „*der Terror Europa erreicht hat*“, tatsächlich über alle Grenzen betroffen sind, und verlassen sich darauf, dass die Bevölkerung, die sich unter ihrer Regie solidarisieren soll, keinen Gedanken darauf verschwendet, *welche Politik* sie von den gewaltsamen Gegensätzen der Weltpolitik betroffen *macht*: In die Konflikte im Nahen Osten ist die europäische Bevölkerung nicht erst durch Al Kaida, sondern von je her durch die ausgreifenden Interessen ihrer Nationen eingemischt; und ihre eigenen Regierungen hatten beschlossen, das Attentat „*islamischer Terroristen*“ auf das World Trade Center als Auftakt einer Weltkriegsfront zu nehmen, in deren Verlauf z.B. die Bundeswehr von Somalia bis zum Hindukusch zum Einsatz gelangt. Mit dieser Außenpolitik bringen die europäischen Staaten nicht bloß die Bevölkerungen fremder Staaten in die Schusslinie ihres Antiterrorkrieges; sie beglücken auch ihre eigenen Bevölkerungen mit der Rolle einer antiterroristischen Heimatfront und rufen für den zivilen Alltag eine hohe Gefährdungstufe auf: „*Alle Demokratien sind gefährdet*“ (SZ, 17.3.), versichern Schröder und Chirac – als würde hier ein friedliebender Kontinent mit terroristischer Gewalt belegt, nur weil ein finsterner Geheimbund sich an den sittlichen Werten Europas und an dessen toleranter Lebensart stört. Deswegen muss auch alles vermieden werden, was sich auch nur im Entferntesten als staatliche Nachgiebigkeit interpretieren ließe: Aufgrund des allgegenwärtigen Terrorismusverdachts ist Militanz angesagt.

Auf die Betroffenheit ihrer Bürger, die sie selber herstellen, *berufen* sich die europäischen Führungsmächte und erblicken in den Anschlägen von Madrid ein historisches Ereignis, das Bevölkerung und Staaten zu mehr europäischem Gemeinschaftssinn ermahnt: „*Als sich herausstellte, dass die Anschläge von Madrid von Al Kaida verübt wurden, wussten wir alle automatisch – wir alle: nicht nur die Politiker, sondern auch die europäischen Völker von Portugal bis Estland –, dass es darauf in der Sicherheitspolitik nur eine einheitliche europäische Antwort geben kann.*“ (Fischer, Rede auf dem kleinen Parteitag der Grünen, 8.5.) Nichts ist ein so schöner Geburtshelfer für ein geeintes Europa wie gemeinsame Betroffenheit durch Terror. Das gilt nicht nur für das „Wir“-Gefühl der europäischen Bevölkerung, sondern auch für den Einigungswillen der europäischen Staaten. Die entnehmen „*der neuen Dimension des Terrors*“ den Auftrag, sicherheitspolitisch noch ganz andere Saiten aufzuziehen.

### 2. Die neue Dimension der Sicherheit:

#### a. Staatssicherheit total – Innenpolitik im Zeichen des Terrorismus

Ihre Gesellschaften wollen die europäischen Staaten so lückenlos unter Beobachtung haben, dass es selbst jahrelang unauffällig in ihrem Lande lebenden „Schläfern“ unmöglich wird, an irgendeiner belebten Ecke einen Rucksack mit Sprengstoff zu deponieren. Dass der neue Standpunkt zur inneren Sicherheit maßlos ist, das wissen auch die Innenminister, die ihn vertreten: „*Absolute Sicherheit kann es*

*nicht geben.*“ (Schily, Tagesthemen vom 15.3.) Trotzdem verfallen die Staatsmänner „*nicht in Panik*“, sondern beschließen mannhaft, wenigstens „*das Mögliche*“ zu tun. Sie beraten über eine „*effizientere Sicherheitsarchitektur*“ und unterziehen die Organisationsform ihrer Sicherheitsbehörden einer Generalrevision: Die föderale Gliederung der Dienste und die abgrenzende Aufgabenzuweisung von Militär, Polizei und Geheimdiensten, die einst unter dem Titel „*Lehren aus dem Nationalsozialismus*“ als Gütesiegel der Republik firmierten – das alles hat sich jetzt vor dem Anspruch zu rechtfertigen, einen lückenlosen und totalen Zugriff der Sicherheitsorgane zu gewährleisten. Darüber ist man sich in Berlin so einig, dass sofort heftiger Streit entsteht: „*Wir sind viel zu lasch!*“ (Stoiber, FAZ, 17.3.), meint der eine und sieht „*schwer wiegende Sicherheitslücken, die mit einem neuen Paket von Gesetzen geschlossen werden müssen.*“ „*Mit dem Ruf nach neuen Gesetzen wird nur darüber hinweggetäuscht, dass durch den Abbau von Polizeistationen die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet wird*“, kontert darauf der andere (Westerwelle, Phönix, Der Tag, 26.3.). Und der amtierende Herr der Staatssicherheit beruhigt die Bevölkerung mit dem Hinweis, dass es zu ihrer totalen Sicherheit keiner Flut von Gesetzesänderungen, sondern nur einer kleinen Korrektur der juristischen Betrachtungsweise bedarf: „*Wenn ich jemanden ins Visier genommen habe, müssen wir nach den Grundsätzen vorgehen, die die Polizei bei der Gefahrenabwehr anwendet. Und da gilt eben – anders als im Strafverfahren – nicht der Grundsatz ‚Im Zweifel für den Angeklagten‘, sondern da ist die Sicherheit der entscheidende Gesichtspunkt*“ (Frankfurter Allg. Sonntagszeitung, 21.3.). So kommt das altehrwürdige Rechtsinstitut der Schutzhaft zu neuen Ehren; schließlich kann keiner wollen, dass zwischen das „*Visier*“ des Innenministers und seinen terroristischen Feind der Schatten restriktiver Gesetze fällt. Überhaupt der Datenschutz: „*Niemand würde es verstehen, wenn sich nach einem Anschlag herausstellte, dass die Rettung Dutzender oder gar Hunderter Menschenleben an einer Richtlinie des Datenschutzes gescheitert sein könnte.*“ (FAZ, 5.4.) All die heiligen Kühe der „*Zivilgesellschaft*“, all die Errungenschaften, die unsere abendländische Wertegemeinschaft von dem finsternen Mittelalter fanatischer Gotteskrieger so wohlthuend unterscheiden sollen – mit einem Federstrich werden sie der Staatssicherheit untergeordnet und zur Disposition gestellt. Selbstverständlich in der Sorge um das Wohl der Bürger: Wenn der Staat schon keine Rücksicht auf die Bevölkerung nehmen kann, wenn es darum geht, im Kampf gegen den Terrorismus immer neue Fronten zu eröffnen – sonst würden die Terroristen mit ihrem schändlichen Treiben ja erreichen, was sie wollen! –, so ist er es seiner Bevölkerung wenigstens schuldig, den Kampf mit aller Entschlossenheit zu führen.

Der Schutz des Staatsvolks radikalisiert den Blick, den ein Innenminister von jeher misstrauisch auf solche wirft, die in diesem Staatsvolk leben, ohne wirklich dazuzugehören: Ausländer ohnehin nur geduldet; „*im Lichte der jüngsten Ereignisse*“ ist daher eine Reformdebatte über das gesamte Ausländerrecht dringend geboten. Die von Schily gewünschte Abschiebemöglichkeit aufgrund „*von übler Nachrede & Gerüchten*“ (der Grüne Bütikofer) klingt zwar un schön; andererseits sind die hier lebenden Ausländer nach Auffassung des Innenministers ohnehin dazu verpflichtet, „*aktiv*“ zur Verbesserung der Sicherheitslage beizutragen, sollten es also auf keinen Fall versäumen, bei den Behörden etwas für ihren guten Ruf zu tun.

#### b. Staatssicherheit kollektiv – die innere Formierung Europas kommt voran.

Die „*Internationale der Terroristen*“ wollen Europas Innenminister mit der „*Internationale der Demokraten*“ bekämpfen. Sie verlangen Informationen über die Erkenntnisse befreundeter Dienste und Mitsprache bei den Sicherheitsmaßnahmen auswärtiger Behörden und sind im Gegenzug notgedrungen bereit, den europäischen Nachbarn gleiches bei sich einzuräumen. Das schafft neue Rechte und Pflichten: Bundesinnenminister Schily rügt Aznar für dessen Informationspolitik nach den Anschlägen von Madrid und ist umgekehrt betroffen über den Verdacht, Deutschland habe bei der Vorbereitung dieser Anschläge als „*Rückzugs- und Ruheraum*“ gedient.

Auf ihrem nächsten Gipfel – den sie in Madrid abhalten – vereinbaren die EU-Nationen daher weitere Schritte zur Koordination ihrer Geheimdienste: Sie beschließen einen „*umfassenden Katalog*“ von Maßnahmen zur besseren Zusammenarbeit ihrer Sicherheitsbehörden, verpflichten sich darauf, in den nächsten Monaten die nationalen Gesetze für eine ganze Reihe von Beschlüssen zu verabschieden – darunter auch der von Italiens Berlusconi so lang und hartnäckig bekämpfte Europäische Haftbefehl –, die sie auf europäischer Ebene schon im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 gefasst, auf nationaler Ebene aber noch nicht ratifiziert hatten.

Die Bildung eines europäischen Geheimdienstes „*nach dem Vorbild des amerikanischen CIA*“ vereinbaren die europäischen Staaten nicht, ein entsprechender Vorschlag Belgiens und Österreichs bleibt aber weiter in der Diskussion. Gegen diesen Vorschlag wendet Schily ein, ein europäischer Geheimdienst funktionieren nur mit einer europäischen Regierung. Das zeigt, welche grundsätzlichen Souveränitätsfragen hier aufgerührt werden: Die freie Handhabung der Staatssicherheit betrifft den Kernbereich staatlicher Souveränität und ist von dieser eigentlich nicht zu trennen. Trotzdem kommen die europäischen Staaten überein, auch auf dem „*hochsensiblen*“ Gebiet der Staatssicherheit zwischen der Souveränität als solcher – die unangetastet bleiben soll – und den Hoheits-Funktionen des Staates – die europäisiert gehören – zu unterscheiden. Die typisch europäische Lösung ist die Einrichtung eines „*Sicherheitskoordinators*“, der sich seine Kompetenzen noch erobern muss.

Dabei sind die zuständigen Minister zugleich sicher, dass „*absolute Sicherheit*“ auch hier nicht zu haben ist. Schily verkündet: „*Der internationale Terrorismus ist letztlich nicht in Europa, sondern nur in seinen Ursprungsländern zu bekämpfen.*“ (Tagesthemen, 15.3.) Staatssicherheit total ist eben unteilbar und ein weltweites Programm.

## Wir sind alle Madrilenen (3): Vom Nutzen des Terrors für die europäische Weltkriegs-Kompetenz

Jetzt haben auch die Europäer ihren Terrorismusfall. Den stellen sie heraus und verleihen ihm seinen weltpolitischen Rang: „*Das ist Europas 11. September.*“ (The Times, 15.3.) Mit dieser Kennzeichnung reklamieren sie für sich die Berechtigung und die Kompetenz, selbst zu definieren, *wo* der Terror zu Hause ist. Die Stoßrichtung ist klar: Gegenüber den USA bestehen sie darauf, mitentscheiden zu dürfen, *wie* er bekämpft werden soll und *wo* die Anti-Terror-Front verläuft. Dem neuen spanischen Ministerpräsidenten fällt die ehrenvolle Rolle zu, mit dem unanfechtbaren Recht des Betroffenen den europäischen Standpunkt mit seiner ersten Handlung zu unterstreichen: Indem er seine Soldaten aus dem Irak abzieht, bestreitet er den Zusammenhang zwischen dem Antiterrorkrieg – in dem er sich von niemandem übertreffen lässt – und Amerikas Kampf im Irak. Frankreich und BRD fügen dem eine speziell europäische Lesart hinzu, wie dieser Kampf gegen den Terror auszusehen hat: „*Der Terror kann nicht allein mit militärischer und polizeilicher Macht bekämpft werden. Auch die Wurzeln des Terrors muss man bekämpfen. Dazu gehört die Unterentwicklung in der Dritten Welt.*“ (SZ, 17.3.) Jeder versteht den dummen Spruch richtig: Damit kündigen Frankreich & Deutschland nicht milliardenschwere Entwicklungshilfe gegen „*Unterentwicklung in der III. Welt*“ an, sie bringen nur zum Ausdruck: Amerika macht alles falsch.

Diesen dummen Spruch versteht Washington schon gleich. Dort hält man „*Europas 11. September*“ umgekehrt für ein schlagendes Argument, dass sich die Imperialisten der zweiten Garnitur endlich und jetzt erst recht ohne Vorbehalt dem amerikanischen „*war on terror*“ anschließen hätten. Alles andere ist „*appeasement*“, also Feigheit vor dem Feind, vor dem die USA ihre schlappen Verbündeten schon zweimal im vorigen Jahrhundert retten mussten. So landen die Anschläge von Madrid und ihre Aufarbeitung da, wo in der Welt des Imperialismus von heute ohnehin alles landet: bei der Konkurrenz der amerikanischen Weltmacht und der europäischen Emporkömmlinge um die Entscheidungsmacht über Krieg und Frieden in der Welt.

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 2-04



**EMISSIONSHANDEL****Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten**

Investitionen in die Umweltfreundlichkeit der kapitalistischen Produktion einfach nicht mehr aufzuhalten. In der Hinsicht, mit wenig Investitionsaufwand viele geldwerte Emissionsrechte als Bereicherungsmittel freizusetzen, setzt der deutsche Chefökologe voll auf den kostenbewussten findigen Unternehmergeist, was der Entlastung des kapitalistischen Geschäfts von den leidigen Umweltschutzkosten insgesamt nur gut tut: „Emissionshandel führt automatisch dazu, dass Klimaschutz dort stattfindet, wo er am billigsten ist.“ (Trittin) Darauf läuft die ökologische Großtat der politisch gestifteten Konkurrenz um Emissionsrechte also raus: Am Ende soll das Nullsummenspiel den Umweltschutz dort stattfinden lassen, wo er dem Kapital am wenigsten kostet.

Ganz „automatisch“ ist diese verheißungsvolle Synthese von Ökonomie und Klimaschutz dann doch nicht zu haben. Dafür muss die Marktpreisbildung für die Tonne Kohlendioxid-Ausstoß schon noch in die richtige Richtung „gelenkt“ werden durch eine sehr raffinierte Zuteilung von Zertifikaten mit Hilfe des 80-seitigen Machwerks eines nationalen Allokationsplans und seiner „Makro“- und „Mikro“-Unterabteilung. Die Stiftung eines „elektronischen Marktplatzes“ und Schaffung von 116 sicheren Arbeitsplätzen bei der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHST), die „Guthaben ausgibt, Konten führt und Überziehungen ahndet“, sind dabei noch die leichtere Übung, um den nationalen Schadstoffausstoß im Hinblick auf die Emissionsminderung in einen international konkurrenzfähigen privatwirtschaftlichen Besitzstand an handelbaren Emissionszertifikaten zu überführen: Wie viele kostenlose Verschmutzungsrechte braucht es gesamtwirtschaftlich? Wer muss wie viele auf Konto überwiesen kriegen, damit ein flotter Freihandel zu einer „punktgenauen Landung auf dem gewünschten Klimaschutzziel“ (FAZ) führt? In dieser Hinsicht für die richtige Angebotspolitik zu sorgen, verlangt Fingerspitzengefühl auf Seiten der rotgrünen Emissionshandelsminister, denn: „Gibt es Emissionsrechte im Überfluss, kommt ein Handel gar nicht zustande“ (Trittin), was wirklich niemand wollen kann, weil es dann logischerweise mit der Schadstoffreduktion durch den Emissionshandel auch nichts wird. Eine „bedarfsgerechte Zuteilung“, die alles abdeckt und dadurch den Marktpreis zu Lasten des Klimas ruiniert, kommt deshalb genauso wenig in Frage wie eine zu knappe Angebotspolitik, die den Preis für die Luftverschmutzung in die Höhe treibt. Schließlich soll das verheißungsvolle umweltschützerische Handelsprojekt sich nicht zu einer „Wachstumsbremse“ und „Strafsteuer für deutsche Arbeitsplätze“ und ihre auswanderungslustigen Stifter auswachsen. Je restriktiver gleichwohl die kostenlose Zuteilung gehandhabt wird, desto mehr Geschäftswert könnte das Zertifikat an der Börse entwickeln, was vom „Anreiz“ zur „ökologischen Modernisierung“ her gedacht bestechend erscheint. Umgekehrt wäre es natürlich am besten, alle industriellen Luftverschmutzer, auf deren ökonomischen Erfolg der Staat Wert legt, hätten überschüssige Emissionsrechte zu verkaufen. Aber dann wäre ja das neue Wirtschaftsgut: Zertifikate überhaupt nicht knapp und sein Börsenwert im Eimer – wer wollte sich dann noch am Emissionshandel bereichern wollen? Höchst komplex dies alles, sicher ist da nur, dass dem abnehmenden Grenznutzen der Emissionsminderung ein zunehmender Grenznutzen der Luftverschmutzung gegenübersteht und dort, wo beide Kurven sich schneiden, logischerweise das Optimum der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie angesiedelt sein muss. Kein Wunder, dass sich Greenpeace über „die Kastration des Emissionshandels“ durch „Kohle-Clement“ „entsetzt“ zeigt.

**... und die Allokation als nationales Konkurrenzmittel zu organisieren**

Dass der zu verteilende nationale „Zertifikatskuchen“ nicht zu knapp bemessen zu sein braucht, dafür nutzen die rotgrünen Umweltschützer vernünftigerweise die – inzwischen auch von der EU-Kommission „akzeptierten“ – deutschen Erfolge beim Klimaschutz, um daraus nationales Emissionskapital zu schlagen: „Mit der Kommission wurde vereinbart, dass diese bei der Aufstellung der nationalen Allokationspläne die schon erzielten deutschen

Erfolge beim Klimaschutz akzeptiert. Deutschland erhält damit die Möglichkeit, 1990 als Basisjahr für die Allokation der Emissionsrechte zu wählen („early action“).“ (BMU, Pressemitteilungen Nr. 291/02) „Für Deutschland ein günstiges Ausgangsjahr zum Bewerten der Klimaziele – konnten doch der Zusammenbruch der DDR-Industrie und die in den folgenden Jahren erfolgten Sanierungen und Modernisierungen voll in die deutsche Klimaschutzbilanz mit eingerechnet werden.“ (Tagesschau.de 25.03.) Klimapolitisch gesehen war die billionenschwere kapitalistische Abwicklung der ehemaligen DDR und ihre Entwicklung zu einer freiheitlichen marktwirtschaftlichen „Sonderwirtschaftszone“ in jedem Fall ein voller Erfolg. Dank dieser „early action“ – in der gehässigen Fachsprache der Konkurrenten auch „wallfall-profit“ genannt – hat das wieder vereinigte Deutschland seine Kyoto-Vorgaben fast schon erfüllt und damit viel „heiße Luft“, die seine Wirtschaft so dringend zum Atmen braucht, für die nationale Grundausstattung mit Emissionszertifikaten frei. So ist politisch schon mal Vorsorge dafür getroffen, dass sich die deutsche Industrie und Energiewirtschaft von Anfang an auf der richtigen, nämlich Angebotsseite des neuen Gemeinsamen Markts tummeln können, nach dem Motto: „Wo soll man Emissionsrechte kaufen, wenn nicht dort, wo eingespart wird, also in Deutschland“. (Trittin)

Und falls sich im industriellen Zweig bis zum Ende der Freihandelsperiode die anvisierte Reduktion nicht abzeichnet, dann kann man immer noch auf einen nationalen Emissionssektor, der logischerweise vom Handel ausgespart ist, zurückgreifen als flexiblen Reduktionspuffer: „Bei der Aufteilung des Emissionsbudget hat sich die Bundesregierung von der Überlegung leiten lassen, ... im Gewerbe/Handel/Dienstleistungs-Sektor einen mäßigen und bei den privaten Haushalten einen etwas stärkeren Rückgang zu induzieren.“ (Nationaler Allokationsplan, S.21) Im Bereich der privaten Emission von Treibhausgasen, bei Autofahrern, Häuslebesitzern etc., lässt sich mit klassischer Umweltpolitik, also mit gesetzlichen Vorschriften, mit kostenwirksamen (Wärmeschutz-)Verordnungen, mit Ökosteuer u.Ä. durchaus eine klimafördernde Minderung „induzieren“, die für die Handelsausstattung der produktiven Großverbraucher des Klimas mit den nötigen Verschmutzungsrechten dringend gebraucht wird.

\*

Jetzt heißt es für die rotgrünen Umweltpolitiker nur noch aufpassen, dass die „Umweltsünder“ der ausländischen Standorte von Seiten ihrer Standorthüter keine „Schlupflöcher“ in deren Allokationsplänen eingeräumt bekommen.

**Gegenstandspunkt 2-04****Weltweite Empörung über Folter in amerikanischen Militärgefängnissen**

Die Supermacht USA ist auf der Anklagebank wegen der Behandlung von Kriegsgefangenen. Die empörten Humanisten vor und hinter den Bildschirmen unterscheiden feinsinnig zwischen anerkannten Normen des notwendigen Tötungshandwerks im Krieg – das geht in Ordnung – und unnötigen und unerträglichen Verletzungen der humanen Sitten beim Umgang mit gefangenen Feinden. Dass nämlich haargenau beim Foltern die Unmenschlichkeit anfängt, davon gehen sie ganz selbstverständlich aus – und berufen sich dabei auf die staatlich anerkannten Regeln der Gewaltaffären zwischen Staaten. Soviel steht bei der allgemeinen Empörung allerdings auch fest: Wenn Bushs Konkurrent ums Präsidentenamt die Ehre der amerikanischen Truppe beschädigt sieht, wenn der deutsche Außenminister den Verlust der moralischen Führerschaft der USA beklagt und deren Wiederherstellung fordert, wenn in ganz Europa der Schaden beklagt wird, den – nein, nicht die Folteropfer, sondern recht eigentlich – die ‚Glaubwürdigkeit‘ der USA und die ‚gemeinsame Mission‘ des ‚Antiterrorkampfs‘ erlitten haben, dann wird mit einem ‚Skandal‘ Politik gemacht. Bleibt zu klären, welche Errungenschaft das Kriegerecht eigentlich darstellt, warum es die US-Regierung bei ihrem Antiterrorkrieg nicht mehr passend findet und wen das warum stört – kurz: welche Rolle

**Die Moral im Krieg und ihr Einsatz als Waffe der Kritik** spielt.

**Die SG (www.sozialistischegruppe.de) bietet einmal im Monat einen Diskussionstermin zu Themen aus Politik und Wirtschaft an.**

**Diskussionstermin****Die Klassengesellschaft renoviert ihre Rechtfertigungslügen  
Gerechtigkeit heute**

Der deutsche Standort und seine Wirtschaft können nur gewinnen, wenn Arbeiter, Kranke und Alte drastisch verlieren. Mini-Jobs und Niedriglohnssektoren fordern zwar den ganzen Mann, sollen ihn aber erklärmaßen nicht ernähren. Das ist zu teuer für die Wirtschaft, die wachsen muss. Der Sozialstaat flankiert diese Standortpolitik mit einer Verarmung der zweiten Art. Krankheit wird Schritt für Schritt unbezahlbar gemacht und die Rente hält die demnächst Alten endgültig nicht mehr über Wasser.

Dagegen ist viel eingewandt worden. Nur keine Kritik an den ökonomischen und politischen Zwecken, für die Millionen auf Ansage verarmt werden. Stattdessen wird *Gerechtigkeit* vermisst und gefordert. Unter Anleitung der Zeitung mit den großen Buchstaben sollen Schichtarbeiter und Ich-AGs weniger unter ihrem miserablen Einkommen als vielmehr unter den millionenschweren Abfindungen für Banker und Industriebosse wie Ackermann und Esser leiden: „Während Billiglohnjobs Standard werden, kassieren Ackermann und Esser 60 Millionen. Gibt es bei uns noch eine Leistungsgerechtigkeit?“ Kaum anders liegen die Dinge bei den Beschwerden über die Agenda 2010: „Die Kleinen müssen bluten, die Reichen werden verschont. Ist das noch soziale Gerechtigkeit?“ Wäre einem Mini-Jobber geholfen, wenn Ackermanns Abfindung gerichtlich kassiert würde? Hätte ein verarmter Rentner mehr vom Leben, wenn Reiche eine Vermögenssteuer abführen? Das sind wohl falsche Fragen, wenn es um Gerechtigkeit geht. Nicht der Geldmangel, sondern die Gerechtigkeitslücke macht den kleinen Leuten offenbar zu schaffen. Wofür ist Gerechtigkeit so wichtig?

Der Regierung ist die Gerechtigkeit auf jeden Fall sehr wichtig. Die SPD gibt keinem Einspruch gegen ihr Verarmungsprojekt nach, aber der Bedarf an Gerechtigkeit wird genährt. Mit einer großen Debatte und einem neuen Begriff. Weil mit dem Sozialstaat auch die Idee der *Verteilungsgerechtigkeit* auf den Misthaufen der Geschichte entsorgt wird, spendiert die Sozialdemokratie dem kleinen Mann einen neuen Gerechtigkeitsbegriff, damit keine Lücke zurückbleibt. Nicht Geld, sondern *Chancengerechtigkeit* gibt es ab sofort im sozialdemokratischen Sonderangebot für alle, die in der Agenda weniger die Schädigung ihrer Interessen als die Beleidigung ihres Gerechtigkeitsempfindens sehen.

Gerechtigkeit scheint also – jenseits der Partei- und Klassengrenzen – ein hohes Gut zu sein. Für Ungerechtigkeit ist jedenfalls keiner. Aber alle liegen im Streit, worin Gerechtigkeit eigentlich besteht. Der kleine Mann findet die Managerbezüge ungerecht, ein Ackermann oder Esser dagegen die Kritik daran, weil sie sich als wahre Leistungsträger der Nation sehen. Rentner halten die Rentenkürzungen für ungerecht, die SPD den Widerstand dagegen, weil sich darin ein ungehöriges Besitzstandsdenken ausdrücken soll, das gegen die junge Generation ausschlägt. Was macht Gerechtigkeit so flexibel, dass auch völlig gegensätzliche Interessen damit auftrumpfen können? Was macht Gerechtigkeit so attraktiv, dass sie keiner missen will – obwohl sie bei Lichte betrachtet das Zeug zum Unwort des Jahres hätte?

**Mittwoch, 14. Juli 2004, 20.15 Uhr  
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1. OG), Erlangen**

Deshalb besteht der „Klimaschutzvorreiter“ gleichzeitig mit der fristgerechten Überstellung seines „großzügigen“ nationalen Emissionsplans an Brüssel gegenüber seinen europäischen Emissionshandelspartnern, bei denen bekanntlich die Umsetzung der nationalen Reduktionsziele noch schwer zu wünschen übrig lässt, umso energischer auf Einhaltung der gemeinsam vereinbarten Klimaschutzverpflichtungen und auf Ablieferung von entsprechend ehrgeizig aufgestellten Abgasplänen. Und er stellt zweitens unter dem Motto: „Wir können

nicht alleine vorangehen und so tun, als könnten wir die Welt retten“, (Müntefering) die deutsche Grundversorgung mit Verschmutzungsrechten unter eine generelle „Revisionsklausel“. So ist das Florieren des neuen verheißungsvollen emergent market noch mit etlichen politischen Risiken behaftet. Nicht zuletzt, weil der Erfolg des europäischen Alleingangs, den dicken Standort jenseits des Atlantik auf die „Rettung des Weltklimas“ gemäß dem Kyoto-Protokoll zu verpflichten, immer noch aussteht.

**Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit**

Die Bundesregierung verordnet dem deutschen Volk harte Zeiten – mit dem besten Gewissen, weil für das Wohl ‚der deutschen Wirtschaft‘ und damit von ‚uns allen‘. Die SPD als maßgebliche Regierungspartei entsorgt mit dem alten Sozialstaat auch gleich ihr altes Image als soziale Partei. Gewählt werden will Schröder dafür, dass er genau weiß, was er dem Volk zumutet. Dafür verdient er allergrößtes Wählervertrauen, meint er. Dagegen haben sich linke Parteimitglieder aufgestellt. Sie werfen der SPD Verrat, neoliberale Verblendung sowie Zerstörung der demokratischen Kultur vor und drohen mit einer eigenen Parteigründung. Der Gegenstandspunkt nimmt die Gelegenheit wahr, über die SPD und ihre ‚Tradition‘ ein paar kritische Worte zu verlieren, vor allem aber Argumente zu liefern, warum von der Kritik der neuen ‚Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘ samt ihren Konsequenzen nichts zu halten ist und wie sie sich in die ‚Tradition‘ der SPD einfügt:

**Eine neu aufgelegte Sozialdemokratie – das hat gerade noch gefehlt.**

Haiti – Kosovo – Afghanistan:  
**Imperialismus**

**als humanitäre Aktion**

Die Führungsmächte der demokratischen Welt sind mit ihren Truppen weltweit in humanitärer Mission unterwegs: Sie exportieren Demokratie. Gleich drei Fälle sind im Laufe eines Vierteljahres akut geworden, in denen sie sich Freiheit stiftend engagieren. Nicht bloß im Irak, wo das handfeste Interesse der Weltmacht Nr. 1 am Zugriff auf eine wichtige Ölregion nicht zu übersehen ist, auch in Ländern, in

denen wirklich nichts weltwirtschaftlich Nennenswertes zu holen und zu beschützen ist, intervenieren die Nato-Verbündeten, einzeln oder auch gemeinsam, mit ihren Verteidigungsarmeen. Das findet alle Welt äußerst anständig. Eine Kleinigkeit übersieht das Lob ‚Frieden schaffender‘ Militäreinsätze freilich schon. In allen 3 Fällen intervenieren die demokratischen Großmächte in Verhältnisse, die sie selbst herbeigeführt haben und die nur aufrecht zu erhalten sind, solange sie mit bewaffneter Gewalt dafür sorgen. Mit reiner Humanität und demokratischer Ordnungsliebe haben die Gründe wie die Ziele ihres Eingreifens dann doch nicht so sehr viel zu tun.

**Ein alter Streit in neuem imperialistischem Lichte: Fischer bescheinigt der Türkei einen ‚Platz in Europa‘**

Unser Außenminister hat wieder einmal eine ‚Vision‘ entworfen – für ein neues Europa: eines, das sich seiner ‚strategischen Dimension‘ bewusst ist; eines, zu dem die Türkei dazu gehört ... Nicht wegen errungener demokratischer Reife oder wegen der Erfüllung sonstiger Kriterien, mit denen die EU seit längerem darüber befindet, ob die Türkei zu Europa ‚passt‘. Dazu gehört die Türkei wegen der Macht und Bedeutung des Landes an der Schwelle zum Nahen Osten. Die braucht Europa, wenn es selber Großmacht sein soll – und das muss es einfach, meint der grüne Außenminister. Und liefert dafür ein paar handfeste imperialistische Gründe ...

*Im Buchhandel erhältlich*

Ex Libris, Erlangen; Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn / Die Bücherkiste / Hugendubel/Rüssel, Nürnberg  
Bestellungen beim Gegenstandspunkt-Verlag, Turnstr. 57, 80799 München, Tel.: 089/2721604, Fax: 089/2721605, gegenstandspunkt@t-online.de